

**ENZYKLOPÄDIE
DEUTSCHER
GESCHICHTE
BAND 69**

**ENZYKLOPÄDIE
DEUTSCHER
GESCHICHTE
BAND 69**

**HERAUSGEGEBEN VON
LOTHAR GALL**

**IN VERBINDUNG MIT
PETER BLICKLE
ELISABETH FEHRENBACH
JOHANNES FRIED
KLAUS HILDEBRAND
KARL HEINRICH KAUFHOLD
HORST MÖLLER
OTTO GERHARD OEXLE
KLAUS TENFELDE**

DIE AUSSENPOLITIK DER DDR

**VON
JOACHIM SCHOLTYSECK**

**R. OLDENBOURG VERLAG
MÜNCHEN 2003**

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

© 2003 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: <http://www.oldenbourg.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

Umschlagabbildung: Nikita Chruschtschow (li.) besuchte am 17. 1. 1963 die Staatsgrenze der DDR in Berlin. Zwischen ihm und Walter Ulbricht (re.) kam es zu einem heiteren Wortwechsel, wer die Eintragung in das Gästebuch der Stadtkommandantur vornehmen solle. ADN Zentralbild; Bundesarchiv; Bild 183/B0117-0010050
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht)
Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe Druckerei GmbH, München

ISBN 3-486-55748-3 (brosch.)
ISBN 3-486-55749-1 (geb.)

Vorwort

Die „Enzyklopädie deutscher Geschichte“ soll für die Benutzer – Fachhistoriker, Studenten, Geschichtslehrer, Vertreter benachbarter Disziplinen und interessierte Laien – ein Arbeitsinstrument sein, mit dessen Hilfe sie sich rasch und zuverlässig über den gegenwärtigen Stand unserer Kenntnisse und der Forschung in den verschiedenen Bereichen der deutschen Geschichte informieren können.

Geschichte wird dabei in einem umfassenden Sinne verstanden: Der Geschichte in der Gesellschaft, der Wirtschaft, des Staates in seinen inneren und äußeren Verhältnissen wird ebenso ein großes Gewicht beigemessen wie der Geschichte der Religion und der Kirche, der Kultur, der Lebenswelten und der Mentalitäten.

Dieses umfassende Verständnis von Geschichte muss immer wieder Prozesse und Tendenzen einbeziehen, die säkularer Natur sind, nationale und einzelstaatliche Grenzen übergreifen. Ihm entspricht eine eher pragmatische Bestimmung des Begriffs „deutsche Geschichte“. Sie orientiert sich sehr bewusst an der jeweiligen zeitgenössischen Auffassung und Definition des Begriffs und sucht ihn von daher zugleich von programmatischen Rückprojektionen zu entlasten, die seine Verwendung in den letzten anderthalb Jahrhunderten immer wieder begleiteten. Was damit an Unschärfen und Problemen, vor allem hinsichtlich des diachronen Vergleichs, verbunden ist, steht in keinem Verhältnis zu den Schwierigkeiten, die sich bei dem Versuch einer zeitübergreifenden Festlegung ergäben, die stets nur mehr oder weniger willkürlicher Art sein könnte. Das heißt freilich nicht, dass der Begriff „deutsche Geschichte“ unreflektiert gebraucht werden kann. Eine der Aufgaben der einzelnen Bände ist es vielmehr, den Bereich der Darstellung auch geografisch jeweils genau zu bestimmen.

Das Gesamtwerk wird am Ende rund hundert Bände umfassen. Sie folgen alle einem gleichen Gliederungsschema und sind mit Blick auf die Konzeption der Reihe und die Bedürfnisse des Benutzers in ihrem Umfang jeweils streng begrenzt. Das zwingt vor allem im darstellenden Teil, der den heutigen Stand unserer Kenntnisse auf knappstem Raum zusammenfasst – ihm schließen sich die Darlegung und Erörterung der Forschungssituation und eine entsprechend gegliederte Auswahlbiblio-

grafie an –, zu starker Konzentration und zur Beschränkung auf die zentralen Vorgänge und Entwicklungen. Besonderes Gewicht ist daneben, unter Betonung des systematischen Zusammenhangs, auf die Abstimmung der einzelnen Bände untereinander, in sachlicher Hinsicht, aber auch im Hinblick auf die übergreifenden Fragestellungen, gelegt worden. Aus dem Gesamtwerk lassen sich so auch immer einzelne, den jeweiligen Benutzer besonders interessierende Serien zusammenstellen. Ungeachtet dessen aber bildet jeder Band eine in sich abgeschlossene Einheit – unter der persönlichen Verantwortung des Autors und in völliger Eigenständigkeit gegenüber den benachbarten und verwandten Bänden, auch was den Zeitpunkt des Erscheinens angeht.

Lothar Gall

Inhalt

Vorwort des Verfassers	XI
<i>I. Enzyklopädischer Überblick.</i>	<i>1</i>
1. 1945 bis 1949: Voraussetzungen für eine Außenpolitik der DDR	1
2. 1949 bis 1953: Die Außenpolitik der DDR zwischen Gründungseuphorie, Stalin-Note und der Nachfolge Stalins	5
3. 1953 bis 1961: Außenpolitik vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und der Berlin-Krise	10
4. 1961 bis 1969: Staatliche Konsolidierung im Schatten von Mauer und Hallstein-Doktrin	22
5. 1969 bis 1976: „Neue Westpolitik“ und internationale Anerkennung	28
6. 1976 bis 1985: „Zweiter Kalter Krieg“ und Krise des sowjetischen Systems	35
7. 1985 bis 1990: Stagnation und außenpolitische Ausweglosigkeit.	42
<i>II. Grundprobleme und Tendenzen der Forschung</i>	<i>53</i>
1. Aktenlage und Literatur	53
2. Abhängigkeit oder Souveränität unter den Bedingungen der Diktatur.	60
2.1 Handlungsspielräume der DDR	60
2.2 Außenpolitik und Legitimität.	65
3. Strukturen der Außenpolitik: Herrschaftsaufbau und Institutionenbildung	69
4. Die Entstehungsbedingungen der DDR.	76

5. Von der Staatsgründung bis zur Zwei-Staaten-Theorie .	80
6. Außenpolitik nach dem Tod Stalins	86
7. Berlin-Krise und Mauerbau	93
8. Fragile Stabilisierung nach dem Mauerbau	97
9. Kontroversen um die „neue Westpolitik“ Ost-Berlins und den Sturz Ulbrichts	101
10. Kooperation und Abgrenzung im Kräftereieck zwischen Moskau, Ost-Berlin und Bonn	108
11. Außenpolitik im Zeichen der internationalen Anerkennung	113
12. „Friedenssicherung“ und „Zweiter Kalter Krieg“.	118
13. Das Ende der DDR	123
14. Die Außenpolitik der DDR vor dem Hintergrund der Geschichte des Kalten Krieges: Ergebnisse und Desiderate der Forschung	134
 <i>III. Quellen und Literatur</i>	 141
A. Gedruckte Quellen	142
1. Akteneditionen und Dokumentationen	142
2. Persönliche Quellen.	143
B. Literatur	145
1. Zum Forschungsstand.	145
2. Handbücher	146
3. Allgemeine Darstellungen zur Geschichte der DDR und ihrer Außenpolitik	147
4. Zu einzelnen Phasen der Außenpolitik	150
4.1 1945–1949	150
4.2 1949–1961	151
4.3 1961–1969	155
4.4 1969–1985	156
4.5 1985–1990	158
5. Strukturanalysen zum Verhältnis zwischen DDR und Sowjetunion	160

6. Beziehungen zu einzelnen Staaten und Organisationen	161
7. Zur Debatte um Souveränität und Abhängigkeit der DDR vor dem Hintergrund des Kalten Krieges	163
Register.	165
Themen und Autoren.	173

Vorwort des Verfassers

Gab es eine eigenständige Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik? Diese Frage nach den Handlungsmöglichkeiten hat am Anfang jeder Darstellung zu stehen, die sich mit den Außenbeziehungen der DDR in den Jahren zwischen 1949 und 1990 beschäftigt. Konrad Adenauers Diktum aus der Frühphase der Bundesrepublik, man sei in außenpolitischer Hinsicht „einstweilen Objekt und weiter nichts“, galt in weit stärkerem Maße für die DDR, deren Souveränitätsbeschränkungen unvergleichlich weitgehender waren als diejenigen, die die Bundesrepublik zu akzeptieren hatte.

Die eingangs gestellte Frage erscheint um so gerechtfertigter, als man bei der Beschäftigung mit den auswärtigen Beziehungen der DDR mitunter den Eindruck gewinnt, sich fast ebenso viel mit der Außenpolitik der Bundesrepublik und der Sowjetunion auseinandersetzen zu müssen. Tatsächlich ist dieser Eindruck nicht falsch, war die DDR in ihrer vierzigjährigen Geschichte doch mit dem Problem konfrontiert, dass ihre Außenpolitik einerseits – gezwungenermaßen – Deutschlandpolitik war und andererseits an die Politik der UdSSR gebunden blieb. Diese einzigartige politische Konstruktion war ein weitgehend von der Sowjetunion abhängiges Gebilde, das sich lediglich in engen Grenzen Freiräume schaffen konnte. Nur punktuell agierte der „zweite deutsche Staat“ autonom: In der Zeit der Berlin-Krise war es beispielsweise die SED-Führung, die einen Mauerbau forderte und gegen anfängliche sowjetische Bedenken schließlich durchsetzte. Trotz mancher außenpolitischer Eigenmächtigkeiten sollte die DDR ein solches Maß an Entscheidungsfreiheit allerdings nie wieder erreichen. Stets blieb die ostdeutsche Diktatur in vielfacher Weise von äußeren Einflüssen abhängig: in erster Linie von den Wünschen Moskaus, daneben von den Interessen der sozialistischen „Bruderländer“ und nicht zuletzt von den Notwendigkeiten, die gegenüber Westdeutschland beachtet werden mussten. Eingebettet war die DDR wie alle anderen Akteure in die Bedingungen der internationalen Politik in den Zeiten des Kalten Krieges, der D tente und schließlich des „Zweiten Kalten Krieges“. Ihre Beziehungen zur Außenwelt stellten zudem insofern einen Sonderfall dar, weil eine Außenpolitik unter marxistischen Vorzeichen einen radi-

kalen Bruch mit bisherigen Traditionen in der deutschen Geschichte bedeutete.

Die auswärtige Politik der DDR ist von der Historiografie nach 1990 zunächst eher stiefmütterlich behandelt worden. Diese Geringschätzung ist inzwischen allerdings, nicht zuletzt angestoßen durch die breite internationale Forschung zum Kalten Krieg, einem neuen Interesse an Fragen zum europäischen und internationalen Staatensystem gewichen. Insofern möchte dieser Abriss auch einen aktuellen Beitrag für die Forschung zu den internationalen Beziehungen liefern.

Dem Herausbergremium, besonders dem verantwortlichen Herausgeber des Bandes, Herrn Prof. Dr. Klaus Hildebrand, bin ich zu besonderem Dank verpflichtet. Er hat das Manuskript der kritischen Lektüre unterzogen und eine Vielzahl wertvoller Hinweise gegeben. Mein Dank gilt auch dem Hauptherausgeber Prof. Dr. Lothar Gall. Für Hinweise, Ratschläge und anregende Diskussionen danke ich den Mitarbeitern meines Lehrstuhls, besonders den Wissenschaftlichen Mitarbeitern Stephen Schröder M.A. und Thomas Freiburger M.A. Für Literaturbeschaffung danke ich Frau Stephanie Contzen, für mannigfache Hilfe bei der Fertigstellung des Manuskripts Frau Gudrun Peters. Die Freunde und Kollegen Dr. Harald Biermann und Dr. Christoph Studt haben das Manuskript gelesen und zahlreiche Anregungen gegeben. Auch Ihnen gilt daher mein Dank.

I. Enzyklopädischer Überblick

1. 1945 bis 1949: Voraussetzungen für eine Außenpolitik der DDR

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gerieten nicht nur weite Teile Ostmittel- und Südosteuropas, sondern auch Deutschlands unter sowjetische Herrschaft. Die UdSSR verfolgte bis 1945 zunächst das Ziel, Deutschland zu bestrafen und es jeder zukünftigen Möglichkeit zu berauben, einen neuen Krieg zu entfesseln. Allerdings rückte Josef Stalin, der im Kreml über fast uneingeschränkte Macht verfügte, nach dem Sieg der Alliierten in Europa überraschend von der ursprünglichen Maxime ab, die Schwächung des Feindstaates genieße höchste Priorität. Dagegen führte er im April 1945 realpolitisch-ideologische Gründe für eine künftige europäische Neuordnung an: „Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit; wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, so weit seine Armee vordringen kann.“ Wenig später, am 4. Juni 1945, ließ er gegenüber deutschen Vertretern der ehemaligen Komintern erkennen, dass er eine Teilung Deutschlands für möglich halte. Der KPD-Führer Wilhelm Pieck notierte sich: „Perspektive – es wird zwei Deutschlands geben – trotz aller Einheit der Verbündeten.“

Deutschland-
politische Ziele
der UdSSR

Die Doppelgleisigkeit der Deutschlandpolitik Stalins erklärt sich aus drei Grundbedingungen: erstens der beharrlichen ideologischen Verfolgung der leninistisch-marxistischen Dogmen, die ihn letztlich nach der kommunistischen Weltherrschaft streben ließ; zweitens der Kontinuität russisch-sowjetischer Großmachtpolitik, die an manche traditionellen Ziele des Zarenreiches erinnerte; drittens der Sorge vor der Aggressivität des Westens, dem er eine ähnliche Haltung unterstellte, wie er sie selbst an den Tag legte. Ideologischer Determinismus, traditionelle Machtpolitik und ein Minderwertigkeitsgefühl gegenüber dem Westen verbanden sich in dem Bestreben, durch die Umgestaltung der Länder Ostmitteleuropas zu „Volksdemokratien“ die Sowjetunion zu arrondieren und einen Satellitengürtel für die als unvermeidlich angesehene Kraftprobe mit dem Westen zu schaffen. Das hieraus resultie-

Drei Grundbedin-
gungen der Politik
Stalins

rende Nebeneinander von offensiven und defensiven Elementen wurde niemals eindeutig aufgelöst und beeinflusste maßgeblich die Entstehung der DDR.

Maximal- und
Minimalziele

Diese Unentschiedenheit Stalins zeigte sich in seiner Deutschlandpolitik, die er als „realpolitische Besitzstandswahrung“ (Jan Foitzik) betrieb. Niemals im Detail ausformulierte Maximal- und Minimalziele, die der Diktator mit gewissen Variationen seit den Jahren des Zweiten Weltkrieges bis zu seinem Tod verfolgte, standen dabei nebeneinander. Idealerweise war die politisch-wirtschaftliche Vorherrschaft über Gesamtdeutschland ein Ziel: ein vereinigtes und von westlichen Einflüssen befreites Deutschland, das sich eng an die Sowjetunion angelehnt hätte. Wenn eine gesamtdeutsche Lösung im sowjetischen Sinn jedoch nicht in Aussicht stand, sollte in Ostdeutschland ein kommunistisches System aufgebaut werden, das derartig attraktiv auf die Deutschen im Westen wirken sollte, dass perspektivisch eine gesamtdeutsche Lösung nach sowjetischem Muster vorstellbar sein würde. Die UdSSR stützte sich in dem von ihr beherrschten Gebiet, der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), auf deutsche kommunistische Kader, die zumeist im Moskauer Exil auf die Chance für einen Neubeginn gewartet hatten und mit denen bereits seit dem Februar 1944 Gespräche über die Zukunft Deutschlands geführt worden waren. Die Gründung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) am 9. Juni 1945 im sowjetischen Okkupationsgebiet war Voraussetzung für eine organisatorische Kontrolle des Besatzungsgebiets und zugleich auch der ostdeutschen Kader, die Zug um Zug in Schlüsselpositionen platziert wurden. Die SMAD, die nicht zuletzt wegen der komplexen hierarchischen Verhältnisse in Moskau keine stringente Politik zu verfolgen in der Lage war, zeigte sich erst nach knapp einem Jahr voll arbeitsfähig. Das Wunschziel der Schaffung eines sozialistischen Gesamtdeutschland sollte mittels der KPD als „Partei der Werktätigen“ erreicht werden. Um deutschlandweit Einfluss zu gewinnen, ließ die SMAD schon 1945 wieder Parteien zu, wobei sich die KPD als zugleich linke und nationale, um breite Akzeptanz bemühte „Volkspartei“ zu geben hatte. Die Sympathien der Deutschen sollten durch einen scheinbar parlamentarischen Regierungsaufbau gewonnen werden.

Sowjetische Militär-
administration in
Deutschland
(SMAD)

Beschränkter
politischer Einfluss
der SED

Nach der weitgehend erzwungenen Vereinigung der SPD und KPD am 21./22. April 1946 erhielt die bald ihre Macht konsolidierende Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) einen beschränkten politischen Einfluss, unterstand aber ausdrücklich der Besatzungsmacht. Sie führte die zumeist als „Empfehlungen“ gegebenen sowjetischen Anweisungen aus, die vielfach jedoch von den ostdeutschen Ka-

dern als eigene Interessen empfunden und nach außen präsentiert wurden. Die Sowjetisierung der SBZ folgte damit ähnlichen Abläufen wie in den anderen Staaten Ostmitteleuropas, die sich unter Berücksichtigung nationaler Besonderheiten und zu unterschiedlichen Zeitpunkten mit einer Mischung von Einschüchterung, Terror und Manipulation vollzog.

Eine spezifische Note erhielt die Sowjetisierung jedoch durch die ausdrückliche Berufung auf einen „antifaschistischen“ Neuanfang, der von werbenden Bestrebungen um eine „fortschrittliche“ soziale Umgestaltung begleitet war und auf manchen in Deutschland und aus der Emigration Zurückkehrenden attraktiv wirkte. Freilich war der Erfolg begrenzt, weil das Verhalten der Sowjets in ihrem Einflussgebiet scharf mit dem der anderen Besatzungsmächte kontrastierte und es der SED nicht gelang, eine breite Zustimmung der Bevölkerung zu erreichen. Obwohl der Vorsitzende der SED, Otto Grotewohl, beispielsweise den Parteivorstand im Oktober 1946 in Erinnerung an die norwegischen Kollaborateure im Zweiten Weltkrieg dazu ermahnte, dass auf keinen Fall der Eindruck entstehen dürfe, „dass wir etwa Quislinge“ sind, wurde, einer Beobachtung Wilhelm Piecks aus dem März 1948 zufolge, die SED schon bald als „so genannte offizielle Russen-Partei“ angesehen.

Sowjetisierung

Die Widersprüche der Besatzung – Soldateska nach Kriegsende, Bestrafungsaktionen und andauernde Demontagen einerseits, „antifaschistisches“ Bekenntnis und Werbung für den Sozialismus andererseits – wurden auch nicht aufgelöst, als sich die SBZ durch die normative Kraft des Faktischen in ein immer selbstständigeres Gebilde verwandelte und schließlich, nach einer vierjährigen Übergangszeit, die DDR als Konsequenz der zügig betriebenen Ausrichtung auf die Einparteiherrschaft im Rahmen eines nicht immer linear verlaufenden und doch kontinuierlichen Verselbstständigungsprozesses entstand. Der faktische Ablauf mochte dabei nicht durchgehend den Intentionen Stalins entsprechen, war aber angesichts der sowjetischen Politik im Kalten Krieg trotz aller möglichen Alternativen die wahrscheinlichste Entwicklung, weil die SBZ letztlich machtpolitisch von der Sowjetunion für erforderlich gehalten wurde.

Widersprüche der Besatzung

Bei den formal nach parlamentarischem Muster stattfindenden Wahlen des Jahres 1946 suchte die aus dem Hintergrund operierende SMAD den Ablauf der politischen Prozesse nach ihren Vorstellungen zu steuern. Sie schuf ein Sonderverhältnis zur SED und war bemüht, diese nun auch zur Staatspartei aufzuwerten und deren Wahlsiege sicherzustellen. Zugleich wurden mit Enteignungen und einer Bodenre-

Einflussnahme der SMAD

form die Transformation in ein sozialistisches System eingeleitet und die ökonomischen Voraussetzungen für eine dauerhafte Umgestaltung in einen „Arbeiter- und Bauernstaat“ geschaffen, der die „Diktatur des Proletariats“ ermöglichen sollte.

Das Scheitern der hochfliegenden Pläne, die SBZ zu einem attraktiven Modell zu entwickeln, wurde jedoch offenkundig, als die Deutschen der Ostzone 1946/47 in Massen die Flucht in den Westen antraten. Seit den nicht im Sinne der SED ausfallenden Wahlen im Herbst 1946 wurden, angestoßen durch die SMAD, die letzten Reste von Parlamentarismus und Föderalismus im Sinne des sog. demokratischen Zentralismus in Ostdeutschland zerstört. Die ostdeutschen Delegierten verließen zudem die vom 5.–7. Juni 1947 in München stattfindende Konferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder. Seit dem Herbst 1947 wurde die SED zur „Partei neuen Typs“ umstrukturiert und die Verwaltung der SBZ an sowjetischen Vorbildern orientiert. Zugleich überlegte man auf sowjetischer Seite, eigene Streitkräfte der SBZ aufzustellen.

Als der SED-Führung bewusst wurde, dass sie aus eigener Kraft selbst in ihrem Einflussbereich bei freien Wahlen keine Chance haben würde, eine Mehrheit zu erringen, war sie um so mehr bereit, einen sozialistischen Separatstaat zu installieren. Otto Grotewohl wies im Oktober 1946 vor dem Parteivorstand auf die Notwendigkeit hin, das internationale Gewicht der SED zu stärken, und sprach im Vorfeld der Moskauer Außenministerkonferenz vom Januar 1947 davon, die SBZ in internationale Vereinbarungen einzubinden. Auf dem in außenpolitischer Hinsicht bedeutenden II. Parteitag der SED im September 1947, bei dem erstmals auch Parteidelegationen anderer Staaten vertreten waren, erhob die SED-Führung den Anspruch auf eine eigenständige außenpolitische Orientierung. Sie bemühte sich dabei jedoch aus ideologischen und realpolitischen Erwägungen, grundsätzlich keinen Gegensatz zu den sowjetischen Vorgaben entstehen zu lassen, so dass Widersprüche ostdeutscher und sowjetischer Konzeptionen kaum erkennbar wurden. Den Erinnerungen von Milovan Djilas zufolge war Stalin von der Strategie der SED zumindest zeitweise überzeugt: „Der Westen wird sich Westdeutschland zu eigen machen, und wir werden aus Ostdeutschland unseren eigenen Staat machen.“

Die SED vollzog nach dem II. Parteitag eine bewusste Wendung nach Osten und versuchte, spätestens seit eindeutigen Hinweisen Stalins auf die Unwiderruflichkeit der bestehenden Grenzen Ende Januar/Anfang Februar 1947, das aufgrund der territorialen Fragen problematische Verhältnis zu Polen und der Tschechoslowakei zu entlasten. Be-

Bereitschaft zur
Installation eines
sozialistischen
Separatstaats

Wendung
nach Osten

reitwillig distanzierte sich die SED-Führung im Sommer 1948 zudem von Jugoslawien, als Josef Tito vom Kreml als Abweichler gebrandmarkt wurde.

Die SED-Führung sah das endgültige Auseinanderbrechen der Kriegsallianz in erster Linie als günstige Gelegenheit, die eigene Position zu festigen und die Blockzusammengehörigkeit des Ostens zu stärken, wie bereits auf der 10. Tagung des Parteivorstands der SED am 12. Mai 1948 erklärt wurde. Die von Stalin am 24. Juni 1948 angeordnete Berlin-Blockade sollte den Westen von den Planungen zur Gründung eines demokratischen deutschen Staates in den Westzonen abbringen, die SBZ stabilisieren und im günstigsten Fall ganz Berlin als „Gewinn“ in die eigene Zone integrieren. Über die Erfolgsaussichten der Blockade zeigte sich die SED-Führung zunächst optimistisch. Sie begrüßte jedoch letztlich die sowjetische Entscheidung, auf dem Weg zur Schaffung eines ostdeutschen Separatstaates konsequent fortzuschreiten, als sich herausstellte, dass sich die Ziele, die mit der Blockade Berlins erreicht werden sollten, nicht realisieren ließen.

Berlin-Blockade
1948

Ende 1948 erteilte Stalin der SED-Führung den Auftrag, die Proklamierung eines eigenen Staates vorzubereiten. Zu diesem Zeitpunkt waren die stalinistischen Verwaltungsstrukturen bereits so perfektioniert, dass sie recht problemlos in einen ostdeutschen Staat überführt werden konnten. Grundsätzlich bestätigte sich damit ein weiteres Mal, dass die SED nur dann „Freiräume“ nutzen konnte, wenn sie mit dem sowjetischen Kalkül nicht kollidierten. Nicht zuletzt die einhellige Ablehnung des Marshall-Plans durch die SED zeigte, dass dieser Mechanismus des vorausseilenden Gehorsams in der Regel funktionierte, ohne dass von seiten der Sowjetunion Druck ausgeübt werden musste. Die Geschichte der SBZ muss trotz aller Eigeninteressen der SED-Führung letztlich „im wesentlichen als Handlungsgeschichte der sowjetischen Besatzungsmacht in Deutschland“ (Stefan Kreuzberger) verstanden werden.

Geringe „Freiräume“ der SED

2. 1949 bis 1953: Die Außenpolitik der DDR zwischen Gründungseuphorie, Stalin-Note und der Nachfolge Stalins

Nach der am 7. Oktober 1949 vollzogenen Gründung der DDR betonte Wilhelm Pieck, der erste Präsident des neuen Staates, den Wunsch, die „Wiedervereinigung unseres zerrissenen Vaterlandes“ zu

DDR als „Satellit der Sowjetunion“

erreichen. Und der erste Ministerpräsident, Otto Grotewohl, führte aus, die Gründung der DDR diene überhaupt nur dem „Kampf für die Wiedervereinigung“. Trotz aller Lippenbekenntnisse zur Einheit war die SED-Führung – die mit der Staatsspitze der DDR von Anbeginn bis 1990 im Wesentlichen identisch war – jedoch entschlossen, als Voraussetzung für alle gesamtdeutschen Bemühungen zunächst das eigene Staatswesen zu konsolidieren. Daher stellte sie seit Anfang der fünfziger Jahre immer offener ihre Souveränität heraus und demonstrierte besonders im östlichen Bündnis Eigenständigkeit. Freilich war ihre Lage zunächst durchaus prekär, weil sie „ein Satellit der Sowjetunion“ war und nur „begrenzte außenpolitische Bedeutung“ (Hermann Weber) besaß.

DDR „aus der Konfrontation erwachsen und in die Konkurrenz geboren“

Ganz grundsätzlich hatte sich der „zweite deutsche Staat“ zudem von Beginn an dem Dilemma zu stellen, „aus der Konfrontation erwachsen und in die Konkurrenz geboren“ (Alexander Troche) zu sein. Von der Bundesrepublik und vom Westen wurde er völkerrechtlich ignoriert; solange Stalin am Glauben festhielt, ein Gesamtdeutschland sei zu seinen Bedingungen möglich, musste die SED-Führung überdies befürchten, gegebenenfalls zur Disposition gestellt und als Verhandlungsmasse für zukünftige Regelungen benutzt zu werden.

Sowjetische Kontrollkommission (SKK)

Nach der Auflösung der Sowjetischen Militäradministration wachte vom 5. November 1949 an die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) mit weitgehenden Vollmachten über die Entwicklung der DDR. Die spezifische Abhängigkeit von der sowjetischen Führungsmacht, die sich wie ein Ariadnefaden durch die Geschichte der DDR ziehen sollte, wurde freilich von den ostdeutschen Akteuren unter Verweis auf die gemeinsamen ideologischen Ziele bewusst ignoriert und der Aufbau des Staatsapparats fortgesetzt. Da sich die Befugnisse der DDR im Wesentlichen auf die Ausführung sowjetischer Weisungen beschränkten, blieb trotz aller Bemühungen zur Initiierung eigener Aktivitäten der Status des ostdeutschen Staates vorerst provisorisch.

Provisorischer Status der DDR

Schon im April 1949 hatte die SED eine „Kommission für außenpolitische Fragen“ eingerichtet. Die UdSSR hatte der entstehenden DDR wenig später ein eigenes Außenministerium zugebilligt, das allerdings kaum Entscheidungskompetenz besaß. Die personelle Besetzung der einzelnen Posten wurde im sowjetischen Außenministerium auf der Basis von SED-Vorschlägen formuliert und in letzter Instanz von Stalin höchstpersönlich bestätigt. Nach den Verhandlungen zur Bildung einer Provisorischen Regierung übernahm Georg Dertinger, als Generalsekretär der Ost-CDU ein Außenseiter, anstelle des zunächst vorgesehenen Lothar Bolz die Leitung des am 7. Oktober 1949 gebildeten Minis-

teriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA), dem allerdings ohne sowjetische Zustimmung außenpolitisch relevante Schritte zu tun nicht möglich war. Beispielsweise konnte die DDR in dieser Phase nur zu den kommunistisch regierten Staaten Bulgarien, Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Rumänien und China diplomatische Beziehungen aufnehmen. Innerhalb des ersten Jahres ihrer Gründung folgten schließlich Nordkorea, Albanien und die Mongolische Volksrepublik. Am 29. September 1950 wurde die DDR in den „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW, Comecon) aufgenommen. Durch diese ökonomisch erforderliche Ausrichtung nach Osten verstärkte sich noch die Bindung an die Nachbarstaaten unter sowjetischem Einfluss. Die Handelsaktivitäten innerhalb des RGW vervielfachten sich, so dass im Jahr 1954 drei Viertel des DDR-Außenhandels mit den sog. Volksdemokratien abgewickelt wurde.

Ministerium für
Auswärtige Ange-
legenheiten (MfAA)

Die ersten Jahre der DDR waren durch die Paradoxie gekennzeichnet, ein Staat auf Bewährungsprobe zu sein und zugleich als selbstbewusster Gegenpol zur Bundesrepublik auftreten zu müssen. Im Oktober 1950 nahm die DDR an der Außenministerkonferenz der UdSSR und ihrer Verbündeten in Prag teil. Hier wurden die Vorstellungen über die zukünftige Gestalt Deutschlands präzisiert: Abschluss eines Friedensvertrages, Abzug der Besatzungstruppen binnen Jahresfrist und Einsetzung eines paritätisch von der DDR und der Bundesrepublik zu besetzenden „Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates“ zur Vorbereitung einer „Provisorischen Republik“. Mochten die Unterschiede zwischen Deutschland- und Außenpolitik naturgemäß unbestimmt bleiben, so wurde doch erkennbar, dass die DDR selbstbewusst auf die Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik zielte, um eine Wiedervereinigung unter eigenen Vorzeichen zu ermöglichen; sie war aber für den wahrscheinlicheren Fall eines Misserfolgs ebenso entschlossen, statt dessen den Weg zur Eigenstaatlichkeit fortzusetzen.

Wiedervereinigung
unter eigenen Vor-
zeichen oder Eigen-
staatlichkeit

Die gesamtdeutschen Appelle der SED scheiterten immer wieder an den Bedingungen und den Modalitäten für freie Wahlen, die, wenn sie wirklich zugelassen worden wären, das Ende des SED-Regimes bedeutet hätten. Folglich war diese Frage nicht verhandelbar und förderte vielmehr die Integration des „zweiten deutschen Staates“ in den östlichen Rayon, selbst wenn die Anfang 1951 selbstsicher artikulierten Ost-Berliner Wünsche nach Ausweitung der staatlichen Selbständigkeit von der Sowjetunion noch überhört wurden.

Das Problem freier
Wahlen

Gegenüber ihren östlichen Nachbarn konnte die DDR Statur gewinnen, weil sie ihre Politik des Verzichts auf territoriale Revisionen

Verzicht auf terri-
toriale Revisionen